



Brüssel, den 2. Juli 2024  
(OR. en)

10564/24

---

**Interinstitutionelles Dossier:  
2023/0128(COD)**

---

**CODEC 1395  
PI 80  
PHARM 85  
PESTICIDE 32  
COMPET 749  
MI 662  
IND 345  
PE 144**

**INFORMATORISCHER VERMERK**

---

Absender:	Generalsekretariat des Rates
Empfänger:	Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Betr.:	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über das ergänzende Schutzzertifikat für Pflanzenschutzmittel (Neufassung) – Ergebnis der ersten Lesung im Europäischen Parlament (Straßburg, 26. bis 29. Februar 2024)

---

**I. EINLEITUNG**

Der Berichterstatter, Tiemo WÖLKEN (S&D, DE), hat im Namen des Rechtsausschusses (JURI) einen Bericht über den oben genannten Verordnungsvorschlag mit 33 Änderungsanträgen (Änderungsanträge 1 bis 33) vorgelegt.

Zudem hat die PPE-Fraktion einen weiteren Änderungsantrag (Änderungsantrag 34) eingebracht.

## **II. ABSTIMMUNG**

Das Europäische Parlament hat bei seiner Abstimmung im Plenum am 28. Februar 2024 die Änderungsanträge 1 bis 33 zum Verordnungsvorschlag angenommen. Es wurden keine weiteren Änderungsanträge angenommen.

Der Kommissionsvorschlag in der geänderten Fassung stellt den Standpunkt des Parlaments in erster Lesung dar und ist in dessen legislativer Entschließung (siehe Anlage) enthalten.

---

**P9\_TA(2024)0098**

**Ergänzendes Schutzzertifikat für Pflanzenschutzmittel (Neufassung)**

**Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 28. Februar 2024 zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über das ergänzende Schutzzertifikat für Pflanzenschutzmittel (Neufassung) (COM(2023)0223 – C9-0149/2023 – 2023/0128(COD))**

**(Ordentliches Gesetzgebungsverfahren – Neufassung)**

*Das Europäische Parlament,*

- unter Hinweis auf den Vorschlag der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat (COM(2023)0223),
- gestützt auf Artikel 294 Absatz 2 und Artikel 114 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, auf deren Grundlage ihm der Vorschlag der Kommission unterbreitet wurde (C9-0149/2023),
- unter Hinweis auf Artikel 294 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union,
- unter Hinweis auf die Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses vom 27. September 2023<sup>1</sup>,
- gestützt auf die Interinstitutionelle Vereinbarung vom 28. November 2001 über die systematischere Neufassung von Rechtsakten<sup>2</sup>,
- gestützt auf die Artikel 110 und 59 seiner Geschäftsordnung,
- unter Hinweis auf die Stellungnahme des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung,
- unter Hinweis auf den Bericht des Rechtsausschusses (A9-0023/2024),

---

<sup>1</sup> ABl. C, C/2023/865, 8.12.2023, ELI: <http://data.europa.eu/eli/C/2023/865/oj>.

<sup>2</sup> ABl. C 77 vom 28.3.2002, S. 1.

- A. in der Erwägung, dass der Vorschlag der Kommission nach Auffassung der beratenden Gruppe der Juristischen Dienste des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission keine anderen inhaltlichen Änderungen enthält als diejenigen, die im Vorschlag als solche ausgewiesen sind, und dass sich der Vorschlag in Bezug auf die Kodifizierung der unveränderten Bestimmungen der bisherigen Rechtsakte mit jenen Änderungen auf eine reine Kodifizierung der bestehenden Rechtstexte ohne inhaltliche Änderungen beschränkt;
  - 1. legt unter Berücksichtigung der Empfehlungen der beratenden Gruppe der Juristischen Dienste des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission den folgenden Standpunkt in erster Lesung fest;
  - 2. fordert die Kommission auf, es erneut zu befassen, falls sie ihren Vorschlag ersetzt, entscheidend ändert oder beabsichtigt, ihn entscheidend zu ändern;
  - 3. beauftragt seine Präsidentin, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission sowie den nationalen Parlamenten zu übermitteln.

**Abänderung 1**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Erwägung 11**

*Vorschlag der Kommission*

(11) Eine der Bedingungen für die Erteilung eines Zertifikats sollte darin bestehen, dass das Erzeugnis durch das Grundpatent in dem Sinne geschützt ist, dass das Erzeugnis in den Geltungsbereich eines oder mehrerer Ansprüche dieses Patents, so wie *dieser* vom Fachmann **ausgelegt wird, durch die** Beschreibung des Patents am Tag der Einreichung **fällt**. Dadurch sollte nicht zwingend vorgeschrieben sein, dass der Wirkstoff des Erzeugnisses in den Ansprüchen ausdrücklich angegeben wird. Im Fall einer Zubereitung **sollte** dadurch ebenso wenig zwingend vorgeschrieben sein, dass jeder ihrer Wirkstoffe in den Ansprüchen ausdrücklich angegeben wird, sofern jeder von ihnen anhand aller durch das Patent offengelegten Angaben spezifisch identifizierbar ist.

*Geänderter Text*

(11) Eine der Bedingungen für die Erteilung eines Zertifikats sollte darin bestehen, dass das Erzeugnis durch das Grundpatent in dem Sinne geschützt ist, dass das Erzeugnis in den Geltungsbereich eines oder mehrerer Ansprüche dieses Patents **fällt**, so wie *er* vom Fachmann **im Lichte der** Beschreibung des Patents **auf der Grundlage der allgemeinen Kenntnisse dieser Person in dem einschlägigen Bereich und des Stands der Technik** am Tag der Einreichung **oder am Prioritätstag des Grundpatents ausgelegt wird**. Dadurch sollte nicht zwingend vorgeschrieben sein, dass der Wirkstoff des Erzeugnisses in den Ansprüchen ausdrücklich angegeben wird, **bzw. sollte** im Fall einer Zubereitung dadurch ebenso wenig zwingend vorgeschrieben sein, dass jeder ihrer Wirkstoffe in den Ansprüchen ausdrücklich angegeben wird, sofern jeder von ihnen anhand aller durch das Patent offengelegten Angaben **auf der Grundlage des Stands der Technik am Tag der Einreichung oder am Prioritätstag des Grundpatents** spezifisch identifizierbar ist.

**Abänderung 2**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Erwägung 12**

*Vorschlag der Kommission*

(12) Damit übermäßiger Schutz vermieden wird, sollte vorgesehen werden, dass dasselbe Erzeugnis nicht durch mehr als ein entweder nationales oder einheitliches Zertifikat in einem Mitgliedstaat geschützt sein darf. Daher sollte vorgeschrieben werden, dass das Erzeugnis oder jedes Derivat wie Salze, Ester, Ether, Isomere, Isomerengemische oder Komplexe, die dem Erzeugnis aus pflanzenschutzrechtlicher Sicht gleichwertig sind, nicht bereits Gegenstand eines früheren Zertifikats gewesen soll, ***und zwar weder allein noch in Kombination mit einem oder mehreren weiteren Wirkstoffen und*** gleichgültig ob für dieselbe oder eine andere Anmeldung.

*Geänderter Text*

(12) Damit übermäßiger Schutz vermieden wird, sollte vorgesehen werden, dass dasselbe Erzeugnis nicht durch mehr als ein entweder nationales oder einheitliches Zertifikat in einem Mitgliedstaat geschützt sein darf. Daher sollte vorgeschrieben werden, dass das Erzeugnis oder jedes Derivat wie Salze, Ester, Ether, Isomere, Isomerengemische oder Komplexe, die dem Erzeugnis aus pflanzenschutzrechtlicher Sicht gleichwertig sind, nicht bereits Gegenstand eines früheren Zertifikats gewesen ***sein*** soll, gleichgültig ob für dieselbe oder eine andere Anmeldung.

**Abänderung 3**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Erwägung 32**

*Vorschlag der Kommission*

(32) Die Prüfung einer zentralisierten Zertifikatsanmeldung sollte unter Aufsicht des Amtes von einem Prüfgremium durchgeführt werden, dem ein Mitglied des Amtes sowie zwei bei den nationalen Patentämtern beschäftigte Prüfer angehören. Dadurch würde sichergestellt, dass das derzeit nur bei den nationalen Ämtern vorhandene Fachwissen für ergänzende Schutzzertifikate **betreffende Fragen** bestmöglich genutzt wird. Damit eine optimale Qualität der Prüfung gewährleistet wird, sollten geeignete Kriterien für die Teilnahme bestimmter Prüfer am zentralisierten Verfahren – insbesondere in Bezug auf deren Qualifikation und auf Interessenkonflikte – festgelegt werden.

*Geänderter Text*

(32) Die Prüfung einer zentralisierten Zertifikatsanmeldung sollte unter Aufsicht des Amtes von einem Prüfgremium durchgeführt werden, dem ein Mitglied des Amtes sowie zwei bei den nationalen Patentämtern beschäftigte Prüfer angehören. Dadurch würde sichergestellt, dass das derzeit nur bei den nationalen Ämtern vorhandene Fachwissen für ergänzende Schutzzertifikate **und damit verbundene Patentangelegenheiten** bestmöglich genutzt wird. Damit eine optimale Qualität der Prüfung gewährleistet wird, sollten **das Amt und die zuständigen nationalen Behörden sicherstellen, dass die benannten Prüfer über das einschlägige Fachwissen und ausreichend Erfahrung bei der Bewertung von ergänzenden Schutzzertifikaten verfügen. Zusätzliche** geeignete Kriterien **sollten** für die Teilnahme bestimmter Prüfer am zentralisierten Verfahren – insbesondere in Bezug auf deren Qualifikation und auf Interessenkonflikte – festgelegt werden.

**Abänderung 4**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Erwägung 40**

*Vorschlag der Kommission*

(40) Wird der Anmelder oder ein anderer Beteiligter durch eine Entscheidung des Amtes beschwert, so sollte der Anmelder oder dieser Beteiligte das Recht haben, gegen die Entscheidung innerhalb von zwei Monaten gegen eine Gebühr Beschwerde bei einer Beschwerdekammer des Amtes einzulegen. Dies gilt auch für die Stellungnahme zur Prüfung, die vom Anmelder angefochten werden kann. Die Entscheidungen dieser Beschwerdekammer sollten ihrerseits mit der Klage beim Gericht anfechtbar sein; dieses kann die angefochtene Entscheidung aufheben oder abändern. Im Fall einer kombinierten Anmeldung, die einen Antrag auf ein einheitliches Zertifikat enthält, kann eine gemeinsame Beschwerde eingereicht werden.

*Geänderter Text*

(40) Wird der Anmelder oder ein anderer Beteiligter durch eine Entscheidung des Amtes beschwert, so sollte der Anmelder oder dieser Beteiligte das Recht haben, gegen die Entscheidung innerhalb von zwei Monaten gegen eine Gebühr Beschwerde bei einer Beschwerdekammer des Amtes einzulegen, ***damit die Verfahrensrechte gewahrt werden und ein vollständiges System von Rechtsbehelfen sichergestellt ist.*** Dies gilt auch für die Stellungnahme zur Prüfung, die vom Anmelder angefochten werden kann. Die Entscheidungen dieser Beschwerdekammer sollten ihrerseits mit der Klage beim Gericht anfechtbar sein; dieses kann die angefochtene Entscheidung aufheben oder abändern. Im Fall einer kombinierten Anmeldung, die einen Antrag auf ein einheitliches Zertifikat enthält, kann eine gemeinsame Beschwerde eingereicht werden.

**Abänderung 5**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Erwägung 41**

*Vorschlag der Kommission*

(41) Bei der Ernennung von Mitgliedern der Beschwerdekammern in Angelegenheiten, die zentralisierte **Zertifikatsanmeldungen** betreffen, sollten deren frühere Erfahrungen mit ergänzenden Schutzzertifikaten oder Patentangelegenheiten berücksichtigt werden.

*Geänderter Text*

(41) Bei der Ernennung von Mitgliedern der Beschwerdekammern in Angelegenheiten, die zentralisierte **Anmeldungen von Zertifikaten** betreffen, sollten deren **einschlägige, unabhängige und ausreichende** frühere Erfahrungen mit ergänzenden Schutzzertifikaten oder Patentangelegenheiten berücksichtigt werden.

**Abänderung 6**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 2 – Absatz 1 – Nummer 15 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*(15a) „wirtschaftlich verbunden“  
bezeichnet in Bezug auf unterschiedliche  
Inhaber von zwei oder mehr  
Grundpatenten, durch die dasselbe  
Erzeugnis geschützt wird, dass ein  
Inhaber direkt oder indirekt über eine  
oder mehrere zwischengeschaltete Stellen  
einen anderen Inhaber kontrolliert, von  
ihm kontrolliert wird, oder sie unter  
gemeinsamer Kontrolle stehen.*

**Abänderung 7**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 3 – Absatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

2. Verfügt ein Inhaber über mehrere Patente für dasselbe Erzeugnis, so dürfen ihm nicht mehrere Zertifikate für dieses Erzeugnis erteilt werden. Sind jedoch zwei oder mehr Anmeldungen von zwei oder mehr Inhabern unterschiedlicher Patente für dasselbe Erzeugnis anhängig, so kann jedem dieser Inhaber ein Zertifikat für dieses Erzeugnis erteilt werden, sofern sie nicht wirtschaftlich verbunden sind.

2. Verfügt ein Inhaber über mehrere Patente für dasselbe Erzeugnis, so dürfen ihm nicht mehrere Zertifikate für dieses Erzeugnis erteilt werden. Sind jedoch zwei oder mehr Anmeldungen von zwei oder mehr Inhabern unterschiedlicher Patente für dasselbe Erzeugnis anhängig, so kann jedem dieser Inhaber ein Zertifikat für dieses Erzeugnis erteilt werden, sofern sie nicht wirtschaftlich verbunden sind.

*Derselbe Grundsatz gilt entsprechend für  
Anmeldungen des Inhabers für dasselbe  
Erzeugnis, für das zuvor anderen  
Inhabern unterschiedlicher Patente ein  
oder mehrere Zertifikate oder einheitliche  
Zertifikate erteilt wurden.*

## **Abänderung 8**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Artikel 8 – Absatz 1 – Buchstabe c a (neu)**

##### *Vorschlag der Kommission*

##### *Geänderter Text*

**(ca) gegebenenfalls die Zustimmung des Dritten gemäß Artikel 6 Absatz 2 dieser Verordnung;**

## **Abänderung 9**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Artikel 15 – Absatz 1 – Buchstabe a**

##### *Vorschlag der Kommission*

##### *Geänderter Text*

- (a) das Zertifikat wurde entgegen Artikel 3 erteilt;

- (a) das Zertifikat wurde entgegen **den Vorschriften der** Artikel 3 **und 6** erteilt;

## **Abänderung 10**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Artikel 23 – Absatz 2**

##### *Vorschlag der Kommission*

##### *Geänderter Text*

2. Stehen die zentralisierte Zertifikatsanmeldung und das Erzeugnis, auf das sie sich bezieht, mit Artikel 3 Absatz 1 in Bezug auf einen oder mehrere der angegebenen Mitgliedstaaten im Einklang, nimmt das Amt eine begründete positive Stellungnahme zur Prüfung hinsichtlich dieser Mitgliedstaaten an. Das Amt bringt dem Anmelder diese Stellungnahme zur Kenntnis.

2. Stehen die zentralisierte Zertifikatsanmeldung und das Erzeugnis, auf das sie sich bezieht, mit Artikel 3 Absatz 1 **und Artikel 6 Absatz 2** in Bezug auf einen oder mehrere der angegebenen Mitgliedstaaten im Einklang, nimmt das Amt eine begründete positive Stellungnahme zur Prüfung hinsichtlich dieser Mitgliedstaaten an. Das Amt bringt dem Anmelder diese Stellungnahme zur Kenntnis.

**Abänderung 11**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 23 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

3. Stehen die zentralisierte Zertifikatsanmeldung und das Erzeugnis, auf das sie sich bezieht, mit Artikel 3 Absatz 1 in Bezug auf einen oder mehrere der angegebenen Mitgliedstaaten nicht im Einklang, nimmt das Amt eine begründete negative Stellungnahme zur Prüfung hinsichtlich dieser Mitgliedstaaten an. Das Amt bringt dem Anmelder diese Stellungnahme zur Kenntnis.

*Geänderter Text*

3. Stehen die zentralisierte Zertifikatsanmeldung und das Erzeugnis, auf das sie sich bezieht, mit Artikel 3 Absatz 1 **und Artikel 6 Absatz 2** in Bezug auf einen oder mehrere der angegebenen Mitgliedstaaten nicht im Einklang, nimmt das Amt eine begründete negative Stellungnahme zur Prüfung hinsichtlich dieser Mitgliedstaaten an. Das Amt bringt dem Anmelder diese Stellungnahme zur Kenntnis.

**Abänderung 12**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 26 – Absatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

2. Ein Widerspruch kann nur dann eingelebt werden, wenn eine oder mehrere der in Artikel 3 festgelegten Bedingungen in einem oder mehreren der angegebenen Mitgliedstaaten nicht erfüllt sind.

*Geänderter Text*

2. Ein Widerspruch kann nur dann eingelebt werden, wenn eine oder mehrere der in Artikel 3 **oder 6** festgelegten Bedingungen in einem oder mehreren der angegebenen Mitgliedstaaten nicht erfüllt sind.

**Abänderung 13**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 26 – Absatz 4 – Buchstabe c a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(ca) alle Beweismittel, auf die sich der Widerspruchsführer in seinem Widerspruch stützt.**

**Abänderung 14**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 26 – Absatz 6**

*Vorschlag der Kommission*

6. Stellt das Widerspruchsgremium fest, dass die Widerspruchsschrift Absatz 2, 3 oder 4 nicht entspricht, weist *sie* den Widerspruch als unzulässig zurück und teilt *dies* dem Widerspruchsführer mit, sofern diesbezüglich nicht vor Ablauf der in Absatz 1 genannten Frist für die Einreichung eines Widerspruchs Abhilfe geschaffen wird.

*Geänderter Text*

6. Stellt das Widerspruchsgremium fest, dass die Widerspruchsschrift Absatz 2, 3 oder 4 nicht entspricht, weist *es* den Widerspruch als unzulässig zurück und teilt ***seine Entscheidung sowie die Gründe für diese Entscheidung*** dem Widerspruchsführer mit, sofern diesbezüglich nicht vor Ablauf der in Absatz 1 genannten Frist für die Einreichung eines Widerspruchs Abhilfe geschaffen wird.

**Abänderung 15**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 26 – Absatz 8 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***8a. In Fällen, in denen mehrere Widersprüche gegen eine Stellungnahme zur Prüfung eingelegt wurden, bearbeitet das Amt die Widersprüche gemeinsam und trifft für alle eingelegten Widersprüche eine einzige Entscheidung.***

**Abänderung 16**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 26 – Absatz 9**

*Vorschlag der Kommission*

9. Das Amt trifft innerhalb von **6** Monaten eine Entscheidung über den Widerspruch, sofern die Komplexität der Sache keinen längeren Zeitraum erforderlich macht.

*Geänderter Text*

9. Das Amt trifft innerhalb von **sechs** Monaten eine Entscheidung über den Widerspruch ***einschließlich einer ausführlichen Begründung seiner Entscheidung***, sofern die Komplexität der Sache keinen längeren Zeitraum erforderlich macht.

**Abänderung 17**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 26 – Absatz 10**

*Vorschlag der Kommission*

10. Ist das Widerspruchsgremium der Auffassung, dass kein Widerspruchsgrund der Aufrechterhaltung der Stellungnahme zur Prüfung entgegensteht, weist es den Widerspruch zurück und das Amt vermerkt dies im Register.

*Geänderter Text*

10. Ist das Widerspruchsgremium der Auffassung, dass kein Widerspruchsgrund der Aufrechterhaltung der Stellungnahme zur Prüfung entgegensteht, weist es den Widerspruch zurück und ***unterrichtet den Widerspruchsführer von seiner Entscheidung, und*** das Amt vermerkt dies im Register.

**Abänderung 18**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 26 – Absatz 11**

*Vorschlag der Kommission*

11. Ist das Widerspruchsgremium der Auffassung, dass mindestens ein Widerspruchsgrund der Aufrechterhaltung der Stellungnahme zur Prüfung entgegensteht, nimmt es eine geänderte Stellungnahme an, und das Amt vermerkt dies im Register.

*Geänderter Text*

11. Ist das Widerspruchsgremium der Auffassung, dass mindestens ein Widerspruchsgrund der Aufrechterhaltung der Stellungnahme zur Prüfung entgegensteht, nimmt es eine geänderte Stellungnahme an ***und unterrichtet den Widerspruchsführer von seiner Entscheidung,*** und das Amt vermerkt dies im Register.

**Abänderung 19**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 26 – Absatz 12 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***12a. Während des gesamten Widerspruchsverfahrens, das – soweit möglich – öffentlich ist, ist für uneingeschränkte Transparenz zu sorgen.***

**Abänderung 20**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 27 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

1. Auf Ersuchen des Amtes kann jede zuständige nationale Behörde vom Amt als am Prüfverfahren teilnehmende Stelle ernannt werden. Sobald eine zuständige nationale Behörde im Einklang mit diesem Artikel ernannt wurde, benennt sie einen oder mehrere Prüfer, die an der Prüfung einer oder mehrerer zentralisierter Anmeldungen **beteiligt werden**.

*Geänderter Text*

1. Auf Ersuchen des Amtes kann jede zuständige nationale Behörde vom Amt als am Prüfverfahren teilnehmende Stelle ernannt werden. Sobald eine zuständige nationale Behörde im Einklang mit diesem Artikel ernannt wurde, benennt sie einen oder mehrere Prüfer, die an der Prüfung einer oder mehrerer zentralisierter Anmeldungen **auf der Grundlage ihres einschlägigen Fachwissens und ihrer Erfahrung in diesem Bereich zu beteiligen sind**.

**Abänderung 21**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 28 – Absatz 3 – Buchstabe a**

*Vorschlag der Kommission*

(a) geografische Ausgewogenheit unter den teilnehmenden Ämtern;

*Geänderter Text*

(a) ***Vorhandensein einschlägiger Fachkenntnisse und ausreichender Erfahrung auf dem Gebiet der Prüfung von Patenten und ergänzenden Schutzzertifikaten, wobei insbesondere dafür zu sorgen ist, dass mindestens eines der Mitglieder des Prüfungsgremiums über eine mindestens fünfjährige Erfahrung mit der Prüfung von Patenten und ergänzenden Schutzzertifikaten verfügt;***

**Abänderung 22**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 28 – Absatz 3 – Buchstabe a a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(aa) geografische Ausgewogenheit unter den teilnehmenden Behörden, sofern dies möglich ist;***

**Abänderung 23**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 28 – Absatz 3 – Buchstabe c**

*Vorschlag der Kommission*

(c) **höchstens ein** Prüfer ist bei einer zuständigen nationalen Behörde, die die Ausnahme nach Artikel 10 Absatz 5 in Anspruch nimmt, beschäftigt.

**Abänderung 24**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 29 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

3. Die Beschwerde ist innerhalb von **2** Monaten nach Bekanntmachung der Entscheidung schriftlich beim Amt einzulegen. Die Beschwerde gilt erst als eingelebt, wenn die Beschwerdegebühr entrichtet worden ist. Bei einer Beschwerde **wird** eine schriftliche Beschwerdebegründung innerhalb von **vier** Monaten nach dem Tag der Bekanntmachung der Entscheidung vorgelegt.

*Geänderter Text*

(c) **kein** Prüfer ist bei einer zuständigen nationalen Behörde, die die Ausnahme nach Artikel 10 Absatz 5 in Anspruch nimmt, beschäftigt.

*Vorschlag der Kommission*

3. Die Beschwerde ist innerhalb von **zwei** Monaten nach Bekanntmachung der Entscheidung schriftlich beim Amt einzulegen. Die Beschwerde gilt erst als eingelebt, wenn die Beschwerdegebühr entrichtet worden ist. Bei einer Beschwerde **werden** eine schriftliche Beschwerdebegründung **sowie Belege, die Grundlage dieser Begründung sind,** innerhalb von **drei** Monaten nach dem Tag der Bekanntmachung der Entscheidung vorgelegt.

*Geänderter Text*

3. Die Beschwerde ist innerhalb von **zwei** Monaten nach Bekanntmachung der Entscheidung schriftlich beim Amt einzulegen. Die Beschwerde gilt erst als eingelebt, wenn die Beschwerdegebühr entrichtet worden ist. Bei einer Beschwerde **werden** eine schriftliche Beschwerdebegründung **sowie Belege, die Grundlage dieser Begründung sind,** innerhalb von **drei** Monaten nach dem Tag der Bekanntmachung der Entscheidung vorgelegt.

**Eine Erwiderung der Beschwerdebegründung ist spätestens drei Monate nach dem Tag der Einreichung der Beschwerdebegründung in Schriftform zu übermitteln. Das Amt setzt gegebenenfalls innerhalb von drei Monaten nach Übermittlung der Antwort oder innerhalb von sechs Monaten nach Vorlage der Beschwerdebegründung einen Termin für die mündliche Verhandlung fest, je nachdem, welcher Zeitpunkt früher liegt. Das Amt erlässt je nach Fall innerhalb von drei Monaten nach der mündlichen Verhandlung oder nach der Übermittlung der Beschwerdeerwiderung eine schriftliche Entscheidung.**

**Abänderung 25**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 29 – Absatz 4 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**4a. Das Amt unterrichtet den Anmelder unverzüglich von seiner Entscheidung.**

**Abänderung 26**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 29 – Absatz 5**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

5. Führt eine Beschwerde bei den Beschwerdekammern zu einer Entscheidung, die mit der Stellungnahme zur Prüfung nicht im Einklang steht und dem Amt vorgelegt wird, **kann** durch die Entscheidung der Kammern diese Stellungnahme aufgehoben oder geändert **werden**, bevor sie an die zuständigen nationalen Behörden der angegebenen Mitgliedstaaten übermittelt wird.

5. Führt eine Beschwerde bei den Beschwerdekammern zu einer Entscheidung, die mit der Stellungnahme zur Prüfung nicht im Einklang steht und dem Amt vorgelegt wird, **so wird** durch die Entscheidung der Kammern diese Stellungnahme aufgehoben oder geändert, bevor sie an die zuständigen nationalen Behörden der angegebenen Mitgliedstaaten übermittelt wird.

**Abänderung 27**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 30 – Absatz 4**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

4. Die Mitglieder der Beschwerdekammern für Fragen im Zusammenhang mit zentralisierten Zertifikatsanmeldungen werden im Einklang mit Artikel 166 Absatz 5 der Verordnung (EU) 2017/1001 ernannt.

4. Die Mitglieder der Beschwerdekammern für Fragen im Zusammenhang mit zentralisierten Zertifikatsanmeldungen werden im Einklang mit Artikel 166 Absatz 5 der Verordnung (EU) 2017/1001 ernannt. **Bei der Ernennung von Mitgliedern der Beschwerdekammern in Angelegenheiten, die zentralisierte Zertifikatsanmeldungen betreffen, werden deren frühere Erfahrungen mit ergänzenden Schutzzertifikaten oder Patentangelegenheiten berücksichtigt.**

**Abänderung 28**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 30 – Absatz 4 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**4a. In Angelegenheiten, die zentralisierte Zertifikatsanmeldungen betreffen, findet Artikel 166 Absatz 9 der Verordnung (EU) 2017/1001 auf die Beschwerdekammern Anwendung.**

**Abänderung 29**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 34 – Absatz 1 – Buchstabe j**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

(j) Datum und **Zusammenfassung der** Stellungnahme zur Prüfung in Bezug auf jeden der angegebenen Mitgliedstaaten;

(j) Datum und Stellungnahme zur Prüfung in Bezug auf jeden der angegebenen Mitgliedstaaten;

**Abänderung 30**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 34 – Absatz 1 – Buchstabe l**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

(l) gegebenenfalls Einreichung eines Widerspruchs und das Ergebnis, gegebenenfalls einschließlich einer Zusammenfassung der überarbeiteten Stellungnahme zur Prüfung;

(l) gegebenenfalls Einreichung eines Widerspruchs, **dessen Bearbeitungsstand** und das Ergebnis, gegebenenfalls einschließlich einer Zusammenfassung der überarbeiteten Stellungnahme zur Prüfung;

**Abänderung 31**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 34 – Absatz 1 – Buchstabe m**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

(m) gegebenenfalls Einreichung einer Beschwerde und Ergebnis des Beschwerdeverfahrens, gegebenenfalls einschließlich einer Zusammenfassung der überarbeiteten Stellungnahme zur Prüfung;

(m) gegebenenfalls Einreichung einer Beschwerde, **deren Bearbeitungsstand** und **das** Ergebnis des Beschwerdeverfahrens, gegebenenfalls einschließlich einer Zusammenfassung der überarbeiteten Stellungnahme zur Prüfung;

**Abänderung 32**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 44 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

3. Hält das Amt oder das einschlägige Gremium die mündliche Vernehmung eines Beteiligten, Zeugen oder Sachverständigen für erforderlich, so wird der Betroffene zu einer Vernehmung vor dem Amt geladen. Die Frist für die Ladung beträgt mindestens **1** Monat, sofern diese nicht mit einer kürzeren Frist einverstanden sind.

*Geänderter Text*

3. Hält das Amt oder das einschlägige Gremium die mündliche Vernehmung eines Beteiligten, Zeugen oder Sachverständigen für erforderlich, so wird der Betroffene zu einer Vernehmung vor dem Amt geladen. **Wird ein Sachverständiger geladen, so prüft das Amt oder gegebenenfalls das einschlägige Gremium, dass bei diesem Sachverständigen kein Interessenkonflikt vorliegt.** Die Frist für die Ladung beträgt mindestens **einen** Monat, sofern diese nicht mit einer kürzeren Frist einverstanden sind.

**Abänderung 33**  
**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Artikel 56 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

Bis zum **[Amt für Veröffentlichungen,** bitte einfügen: fünf Jahre nach dem Tag der Anwendung] und danach alle fünf Jahre nimmt die Kommission eine Bewertung der Anwendung des Kapitels III vor.

*Geänderter Text*

Bis zum ... **[Amtsblatt**, bitte einfügen: fünf Jahre nach dem Tag der Anwendung] und danach alle fünf Jahre nimmt die Kommission eine Bewertung der Anwendung des Kapitels III vor **und übermittelt dem Europäischen Parlament und dem Rat einen Bericht über die wichtigsten Feststellungen.**